

Europa ist Zukunft

Die Europäische Union (EU) für die Zukunft im 21. Jahrhundert auszugestalten und weiterzuentwickeln, ist die zentrale Aufgabe aller Verantwortlichen in Staat, Gesellschaft und in den Kirchen, um Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

I. Woher kommen wir?

Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vor 60 Jahren haben gezeigt, was Konrad Adenauer bei der Gründung gehofft hatte: Westliche Demokratien sehen von einer gewaltsamen Konfliktregulierung ab. Das verfasste Europa hat in seiner 60-jährigen Geschichte als multilateraler Zusammenschluss Nationalismus in Europa verhindert. Aber auch das zeigt: Das vereinte Europa war, ist und bleibt eine gewaltige Aufgabe und ist eben kein Zustand. Die EU ist ein erfolgreiches Friedensprojekt. Sie ist ein Entwicklungs- und Gestaltungsprojekt der Bürgerinnen und Bürger und der sie vertretenden Politikerinnen und Politiker.

Auch wenn wir heute mit der Gestaltung der EU viel weiter sind als man 1949 zu hoffen gewagt hätte, so stehen wir immer wieder vor neuen Herausforderungen und Gefährdungen, denen wir nicht ausweichen können. Frieden ist kein selbstverständlicher Besitz, sondern ein hohes Gut, das immer wieder neu gesichert werden muss. Voller Dankbarkeit können wir zurückblicken: Die Teilung des Kontinentes wurde überwunden, wir haben eine EU, die Frieden innerhalb ihrer Grenzen sichert, die Menschenrechte garantiert, in der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Mitgliedsstaaten die Grundlage für das Miteinander bilden. Die Völker der EU verbindet nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges ein gemeinsamer Wertekompass, der auf der abendländischen christlichen Kultur beruht, der Europa auszeichnet. Sie geben uns unsere europäische Identität. Diese Werte begründen zugleich die wirtschaftliche Prosperität der EU. Und sie nehmen uns in die Pflicht, Verantwortung für die Menschen im vereinten Europa zu übernehmen. Dazu gehört die

Solidarität untereinander, die zugleich der beste Schutz gegen jede Form des Populismus und Nationalismus ist.

Die EU hat kein Staatsvolk, sondern viele Völker. In der EU gibt es keine Herrschaft *eines* Volkes, sondern eine Herrschaft von vielen Völkern. Der Europäische Binnenmarkt mit seinen Mitgliedsstaaten ist heute der größte gemeinsame Markt der Welt. Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge wacht gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof über die Einhaltung der Verträge und ermöglicht damit in einer Ordnung des fairen Wettbewerbs wirtschaftliches Handeln in Freiheit und Verantwortung. Diese Konstruktion folgt dem gewaltenteilenden Prinzip, das für die Zusammenarbeit in Europa unverzichtbar ist.

II. Welche Herausforderungen stellen sich?

Die EU umfasst zurzeit noch rund eine halbe Milliarde Menschen und 28 Mitgliedsstaaten (demnächst nur noch 27). Das scheint viel zu sein. Allerdings stellt die EU damit gerade einmal 7% der gesamten Weltbevölkerung. Das zeigt: Kleiner wird es nicht leichter und nicht besser. Wir müssen außen stärker werden.

1. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Neue Ideen und Strategien sind heute mehr denn je gefragt, Veränderungen werden erforderlich sein und bleiben nicht aus. Barack Obama hat am 25. April 2016 auf der Hannover-Messe in seiner „Address to the People of Europe“ sehr deutlich gemacht, dass er ein stärkeres Engagement vom vereinten Europa erwartet, gerade zur Abwehr von Terrorbedrohung und Krieg. Die nachhaltige Sicherung der Außengrenzen fordert den Aufbau neuer Strukturen, wenn wir auf Binnengrenzen weiterhin verzichten wollen, die das Zusammenleben in der EU erleichtern. Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und einer gemeinsamen europäischen Armee muss erwogen und entschieden werden. Die Kooperation der Sicherheitsdienste muss zum Schutz der Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten optimiert werden.

Wir wissen längst: Das nationalstaatliche Regelungsmonopol reicht im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen und asymmetrischen Bedrohungen und Kriegen nicht aus, um Sicherheit und Stabilität zu bewahren. Wir sind deshalb auf Zusammenarbeit und Abstimmung auf multinationaler Ebene angewiesen. Genau an dieser Stelle zeigt sich: die von vielen kritisierte EU ist ein Erfolgsmodell, das wir Europäer nur kontinuierlich weiter entwickeln und ausgestalten müssen, damit wir den neuen Herausforderungen und Mitgliedstaaten der EU. Die

Bundeskanzlerin hat auf dem 29. Parteitag der CDU vom 6./7. Dezember 2016 in Essen zur Recht zur Priorität der Weiterentwicklung der Europäischen Union festgestellt: „Lassen wir uns konzentrieren auf innere und äußere Sicherheit. Man kann einen gemeinsamen Binnenmarkt nur haben, wenn man auch einen Raum der Sicherheit hat. Dazu gehört der Schutz der Außengrenzen. Hier haben wir lernen müssen. Wir haben gesagt: Wir liegen so schön im Zentrum Europas. Warum sollen wir irgendwelche Zuständigkeiten abgeben?“ Jetzt wissen wir es.

Im Bereich der Sicherheitspolitik haben wir noch eine gewaltige gemeinsame Aufgabe vor uns. Nicht um die NATO zu schwächen, sondern um Europa entsprechend seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch sicherheitspolitisch richtig aufzustellen. Ganz gleich wie sich Amerika in Zukunft für europäische Sicherheitsinteressen einsetzt: Europa muss sich verstärkt für die eigene Sicherheit und seine Sicherheitsinteressen einsetzen. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union muss sich für alle Mitgliedstaaten im Osten wie im Westen und im Norden wie im Süden auch im Sicherheitsempfinden widerspiegeln.

2. Die Binnenstruktur der Europäischen Union

Die These, nach der der Nationalstaat für die kleinen Dinge zu groß, für die großen Dinge aber zu klein sei, vergisst, dass es keine politische Ebene gibt, die mehr Identifikation erzeugt als der Nationalstaat. Die europarechtlichen Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind unverzichtbar für die Gestaltung der Europäischen Union. Aber sie sind kein Schwerkraftgesetz, das über die Verortung von Zuständigkeiten im Spektrum von der örtlichen Gemeinschaft bis zur globalen Dimension Auskunft gibt.

Aber alles kann und muss nicht gleichzeitig geschehen. Schon Konrad Adenauer war ein Verfechter eines Europas mit mehreren Geschwindigkeiten. Was für das Europa der sechs richtig war, ist auch für eine erweiterte EU richtungsweisend. Wolfgang Schäuble schreibt: „Bessere Vorschläge braucht es aber für das Verhältnis von Ins und Outs, also zwischen den Teilnehmern unterschiedlicher Integrationsstufen. Übergänge von der einen zur anderen Stufe müssen möglich bleiben. Bessere Vorschläge würden nicht zuletzt den Interessen von Mitgliedsstaaten Rechnung tragen, deren Souverän - aus welchen Gründen auch immer - zu weniger Souveränitätsverzicht und damit Integration bereit ist.“

In der Tat gibt es in der EU Fragen und Aufgaben, für die die Region zu *klein* und die Union zu groß ist. Diese Abwägungen, welche Ebene im Einzelfall geeigneter ist, mögen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich ausfallen. Deshalb bedarf es einer EU mehrerer Geschwindigkeiten

der Zusammenarbeit und es bedarf der Vorzeichen „plus“ und „minus“ für die Geschwindigkeiten, um zu menschengerechten und sachgemäßen Lösungen in Realitätsbezogenheit zu kommen.

III. Ausblick

Wir bedauern, dass das Vereinigte Königreich die EU verlassen möchte. Wir wollen, dass das Vereinigte Königreich und die EU eine gute gemeinsame Zukunft haben werden. Wir wissen, dass auf Deutschland im Europäischen Rat durch den Austritt des Vereinigten Königreiches neue Herausforderungen auf uns zukommen werden. Mit Blick auf unsere Geschichte wird für Deutschland die Stärkung von Gleichgewichten innerhalb der EU im Vordergrund stehen.

In der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa aus dem Jahr 1973 wurde festgehalten, dass die Rechtfertigungsbotschaft als Botschaft von der freien Gnade Gottes die Christgläubigen frei zu verantwortlichem Dienst in der Welt mache. Dies mache es notwendig, so die Leuenberger Konkordie, dass die Christgläubigen mit anderen Menschen nach vernünftigen, sachgemäßen Kriterien suchen und sich an ihrer Anwendung beteiligen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU versteht diesen Auftrag so, dass die vernünftigen, sachgemäßen Kriterien zur Erhaltung und zur Stärkung der Europäischen Union leiten mögen.

Europa ist unsere gemeinsame Aufgabe und Europa ist unsere gemeinsame Zukunft. Unsere gemeinsame Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten auf der Basis unserer gemeinsamen Grundwerte haben wir zu sichern.